

Zum Stand bei der Umsetzung der Vorschläge für die Veränderung der deutschen Orthographie

Fritz Neubauer

Es ist vorstellbar, daß insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Ausland an den neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der deutschen Orthographie in den deutschsprachigen Ländern interessiert sind, denn seit dem 1. August 1999 sind mit einjähriger Verspätung viele der Vorschläge für die Veränderung der deutschen Orthographie, wie sie in der »Gemeinsamen Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung« vom 1. Juli 1996 (ab hier GA genannt, denn eine »Reform« wird da nirgends erwähnt, vgl. *Dt. Rechtschreibung* 1996) formuliert wurden, erstmalig in der großen Mehrheit der deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften beobachtbar. Allerdings ist dies weniger auf eine plötzliche Einsicht der Journalisten zurückzuführen, als auf eine Entscheidung der deutschsprachigen Nachrichtenagenturen, die u. a. damit begründet wurde, daß »die Notwendigkeit der Eindeutigkeit [...] sich vor allem daraus [ergebe], daß die eingesetzten elektronischen Systeme bei der Nutzung von Schreibvarianten in ihren Suchfunktionen behindert würden«. Übernommen wurde aber *nicht* die vollständige Version der GA, denn insbesondere bei der Fremdwort-Orthographie, Behandlung der Eigennamen, Wortverbindungen und Kleinschreibung der Anredepronomen weichen die Nachrichtenagenturen und damit die Zeitungen von den GA-Vorschlägen ab, bei der Kommasetzung, die eine der wichtigsten

Errungenschaften der GA sein sollte, werden die Empfehlungen der GA völlig ignoriert.

Für diesen neuen Vorschlag hatte sich eine Mehrheit der deutschen Verlage entschieden, so daß flächendeckend von der *taz* bis zur *FAZ*, von der *Bild* bis zur *Welt* als auffallendstes Merkmal die vorgeschlagene **dass*-Schreibung zu beobachten ist. (Abweichend vom normalen linguistischen Gebrauch, verwende ich hier das ***-Zeichen für die Kennzeichnung von GA-Orthographie.) Nur die *Zeit* geht mit einer eigenen Hausorthographie bei der Fremdwort-Orthographie, der Groß- und Kleinschreibung, der Getrennt- und Zusammenschreibung und bei der Worttrennung am Zeilenende eigene Wege, ignoriert aber dabei ebenso wie bei der Nachrichtenagenturen-Orthographie die Vorschläge für die Veränderung der Kommasetzung völlig. Der *Spiegel* stellt zwar fest, »Mißstand, pardon: Missstand, bleibt der ganze Reform-Unfug dennoch«, praktiziert aber eine Hausorthographie, die der Version der *Zeit* nahekommen dürfte, und bezeichnet sie als Hausorthographie des Verlages Gruner + Jahr (Hausmitteilung, 2.8.99).

Gegen die Anwendung der Nachrichtenagentur-Orthographie entschieden sich nur wenige Zeitungen in Deutschland, darunter z. B. das Bielefelder *Westfalenblatt* und seine Kopfbätter, der *Rheinische Merkur*, Zeitungen aus dem wirtschaftlichen oder industriellen Bereich wie der

Wirtschaftskurier, die *VDI Nachrichten* sowie aus dem wissenschaftlichen Bereich *Spektrum der Wissenschaft* oder *Psychologie heute*, während der Widerstand in Österreich von den Tageszeitungen *Kronen-Zeitung* bis zur *Presse* reicht und auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift *Format* erfaßt. Die *Presse* hatte schon am 6./7.9.1997 ihren Lesern angekündigt, sie würde ihnen »auch künftig keine *Majonäse* servieren, sie wird keine *Gämsen* jagen und nicht *überschwänglich* jubeln«, mit der Begründung:

»die Zeit ist abgelaufen für die geistigen Pickelhaubenträger, die glauben, wie einst unter Kaiser Wilhelm den Bürgern verordnen zu können, was ihnen gerade einfällt.«

Auch jetzt angesichts der Umsetzung in den Nachrichtenagenturen blieb die Zeitung nach einer Leserumfrage bei diesem Entschluß, insbesondere nachdem nun »jeder tut, was er für gut befindet«, und weil das Redaktionsteam meint, »daß wir nicht jeden Unsinn mitmachen müssen, den man uns vorschreiben will« (*Presse*, 31.7./1.8.99). Auch in der Schweiz wendet z. B. die *Neue Zürcher Zeitung* die GA-Empfehlungen nicht an, obwohl dort wegen des nach Schweizer Orthographie fehlenden *ß*-Buchstabens der Unterschied auf den ersten Blick nicht erkennbar ist.

Allerdings irrte sich die *Presse*, wenn sie die letzte Orthographieveränderung in die Kaiserzeit verlegte, denn die letzte Einflußnahme auf die deutsche Orthographie fand am 1.9.1941 durch Runderlaß des Reichserziehungsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung statt (vgl. Sauer 1988: 120), nach dem eine Umstellung von der Fraktur auf die Antiquaschrift (»deutsche Normalschrift«) stattfinden mußte, was ja auch orthographische Konsequenzen bei den [z]- und [s]-Lauten hatte. Damals hatten die Zeitungen allerdings keine

Wahl und eine tausendjährige Übergangsfrist wurde auch nicht gewährt. Vielleicht ist das mit ein Grund dafür, daß auch die in Berlin erscheinende *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* die »sogenannte neue Rechtschreibung« der deutschen Nachrichtenagenturen ignoriert mit der Begründung:

»Sie ist amtlich verordnet, wird also befolgt und findet ihren Niederschlag [...] in angepaßten Lehrern und Journalisten, die von den neuen Regeln zwar nicht unbedingt überzeugt sind, aber sich brav daran halten. Vorschrift ist Vorschrift.« (*AJW*, 28.10.99)

Wie schon oben erwähnt wurde, handelt es sich bei der von den meisten anderen Zeitungen befolgten Orthographie *nicht* um die am 1. Juli 1996 verabschiedete Fassung und auch *nicht* um die *Vorschläge zur Präzisierung und Weiterentwicklung der Neuregelung der deutschen Sprache* der Zwischenstaatlichen Kommission vom Januar 1998, sondern um einen von einer »Arbeitsgruppe der deutschsprachigen Nachrichtenagenturen« am 14.1.1999 gefaßten »Beschuß zur Umsetzung der Rechtschreibreform«, der inzwischen nach dem 8.2.1999 wieder verändert wurde. Damit würde – falls sich diese Version langfristig durchsetzen sollte – zum ersten Male in der Geschichte der Entwicklung der deutschen Orthographie eine »Arbeitsgruppe der deutschsprachigen Nachrichtenagenturen« über die zukünftige Schreibweise entscheiden.

Mit einer Vielzahl von voneinander abweichenden Orthographieversionen ist die Befürchtung der frühen Kritiker der GA-Vorschläge, diese könnten von einer bisher allgemein anerkannten Orthographie wegführen, also Realität geworden. Da sich die verschiedenen Varianten allesamt von den GA-Vorschlägen unterscheiden, ist klar, daß mit einer vollständigen Umsetzung der ursprünglichen Fassung nicht mehr zu rechnen ist, auch wenn diese noch immer in den Schulen

unterrichtet wird und der Dudenverlag weiterhin für die 21. Auflage aus dem Jahre 1996 wirbt (Poststempel des Verlags: »Nur der Duden ist der Duden«). Leider wird das von den Unterstützern der ursprünglichen Vorschläge und den meisten Wörterbuch- und Schulbuchverlagen bisher nicht offen gesagt, auch wenn Bertelsmann bereits mit dem verbilligten Abverkauf seiner Titel begonnen hat.

Juristische Bestrebungen der GA-Kritiker

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1998, durch die einstimmig festgestellt wurde, daß »verhältnismäßig geringe« Änderungen der Schreibweise die Grundrechte nicht verletzen würden und eine Regelung durch ein Gesetz nicht notwendig sei (*FR* vom 17.7.98), schien die Umsetzung der »Gemeinsamen Absichtserklärung« vom 1. Juli 1996 zum 1. August 1998 endgültig sichergestellt. Dieses Datum war dort mit einer »Übergangszeit bis zum 31. Juli 2005« vorgesehen (vgl. *Dt. Rechtschreibung* 1996). Danach hatten allerdings 56,4% der Stimmberechtigten Schleswig-Holsteins am 27. September 1998 die GAVorschläge zumindest für dieses Bundesland vorübergehend gestoppt. Obwohl der damalige KMK-Präsident Wernstedt noch im März 1997 in Namen der KMK festgestellt hatte, daß »ein Sonderweg einzelner Länder bei der Rechtschreibung für sie nicht vorstellbar ist« (Pressemitteilung vom 25.3.97), hatte sich die KMK von dieser Lage nicht beirren lassen.

Inzwischen hat der Landtag Schleswig-Holsteins am 17. Oktober 1999 in drei Lesungen innerhalb von drei Tagen einstimmig das Ergebnis der Volksabstimmung vom 27. September 1998 rückgängig gemacht. Ob dies rechtlich möglich ist, wird durch weiteren Rechtsweg ent-

schieden werden müssen. Ein in Berlin mit 36 000 Stimmen erfolgreicher Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens erhielt bei der Abhaltung nur 105 000 von den notwendigen 243 000 Stimmen, was der »Berliner Verein für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege« u. a. auf die geringe Zahl von Auslegestellen zurückführte. Sein Versuch, über einen Antrag beim Berliner Verfassungsgerichtshof »die Zahl der Auslegungsstellen von 91 auf mindestens 300« (*Welt*, 3.6.99) zu erhöhen, war zuvor wegen Nichtzuständigkeit des Vereins gescheitert. Auch hier zeichnen sich weitere rechtliche Schritte ab.

Inhaltliche Veränderungen bei den Orthographievorschlägen

Als Reaktion auf die anhaltenden juristischen Aktionen, die auch die teilweise Anwendung der Vorschläge in der Presse verzögert hatten, erfolgten in den letzten Jahren eine Reihe von inhaltlichen Veränderungen und Modifikationen der ursprünglichen Vorschläge.

a) *Vorschläge der »Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung«*
Den ersten Schritt zur Veränderung der Vorschläge hatte die »Zwischenstaatliche Kommission für deutsche Rechtschreibung« unternommen, die ursprünglich vom Arbeitskreis, der die Vorschläge der GA verfaßt hatte, mit der Aufgabe ins Leben gerufen worden war, die künftige Sprachentwicklung zu beobachten und Vorschläge zur Anpassung des Regelwerks zu erarbeiten (Artikel III der GA). Allerdings sollte das nicht bedeuten – so sagte der damalige Vorsitzende der KMK Wernstedt bei der Konstituierenden Sitzung – »mit Blick auf die öffentliche Verunsicherung, daß durch die Neuregelung die Regeln für das Schreiben zementiert, ein Stillstand der Sprachentwicklung beschlossen würde«. Inzwischen

scheint sich der Zement in der KMK doch so verfestigt zu haben, daß nach der Vorlage der ersten *Vorschläge zur Präzisierung und Weiterentwicklung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung* im Januar 1998, die in einigen Bereichen doch weitgehende Veränderungen der ursprünglichen Vorschläge vorsehen, die Kultusminister entgegen den ursprünglichen Zusagen an die neu hinzugekommenen Kommissionsmitglieder nicht wagten, die bestellten Anpassungen an die Schulen weiterzugeben. Möglicherweise erfolgte dies auch aus Rücksichtnahme auf die Wörterbuch- und Schulbuchverlage, die das Wort *Absichtserklärung* mehr in Richtung Gesetz als in Richtung Vorschlag interpretiert hatten und nichts anderes zu tun hatten, als sie im vorausseilenden Gehorsam (aber auch mit Schwierigkeiten) in neue Auflagen umzusetzen, die seither in den Regalen der Buchhandlungen ruhen und den Verlagen Verluste bereiten. So berichtete die Tagespresse über Verluste bei Duden und Langenscheidt auf Grund der »Unsicherheit über die Rechtschreibreform« (vgl. FAZ vom 16.10.97 und 4.6.1998).

Die Nichtanerkennung der von der Zwischenstaatlichen Kommission geleisteten Arbeit führte innerhalb kurzer Zeit zum Rücktritt der hinzugekommenen Kommissionsmitglieder Prof. Dr. Peter Eisenberg von der Universität Potsdam (vgl. FAZ vom 18.3.1998 unter dem Titel »Die Sprache gehört nicht den Kultusministern«) und Prof. Dr. Horst Haider Munske von der Universität Erlangen, so daß die neue Kommission wieder auf die alte zurückgeschrumpft ist, nicht ohne vorher die (aber weitgehend verschwiegenen) Veränderungen akzeptiert und inzwischen die »Akzeptanz« entdeckt zu haben, die sich vor dem 1. August 1999 weitgehend auf die dazu verdonnerten Lehrkräfte an den Schulen (mit Ausnahme Schleswig-Holsteins), die Wo-

chenzeitung *Woche*, die GEW-Organe und die deutsche *Cosmopolitan* beschränkt hatte.

Im einzelnen wurde in den Vorschlägen für die »Reform der Reform« (FAZ vom 7.1.98) z. B. bei den Laut-Buchstaben-Zuordnungen vorgeschlagen den **Tollpatsch* doch wieder *Tolpatsch* sein zu lassen und auch *Quentchen*, *einbleuen* und *belemmert* wiederherzustellen. Dagegen sollten z. B. die **Gämsen* mit den **Stängeln* im Mund weiter mit dem Umlaut herumlaufen (vgl. dazu auch den *Spiegel* 3, 1998).

Trotz »landschaftlich abweichender Aussprache« (S. 16) sah die Kommission keinen Veränderungsbedarf bei der β -Orthographie, obwohl sie am auffallendsten das Post-GA-Schriftbild verändert. Dabei ist die angepriesene so leicht handhabbare Neuregelung, daß das β nur noch nach einem langen Vokal stehen würde, schon dadurch nicht so leicht zu vermitteln, weil zu den langen Vokalen auch die Diphthonge gehören wie im weiterhin mit β geschriebenen *scheußlich*. Daß dieser Vorschlag in der Umsetzung doch nicht die angepriesene Erleichterung bringt, läßt sich in den angepaßten Pressezeugnissen sehen, wo mehrfach ein ***Ex-Aussenminister Genscher* (*Handelsblatt*, 23.9.99) oder ****Spass* (*Neue Westfälische*, Bielefeld, 23.9.99) erschien, weil letzteres der niederdeutschen Aussprache mit Kurzvokal entspricht. Vorsichtshalber hatten sich die österreichischen Mitglieder der ursprünglichen Orthographiekommission z. B. für die in Österreich gebräuchliche Aussprache von *Geschoß* mit zweitem Langvokal (Stockwerk) daß β genehmigen lassen. Und die immerhin recht frequenten Wörter wie **bisschen* und **Küsschen* zeigen bei DaF-Lernenden ebenso wie bei künftigen muttersprachlichen Lesenlernenden, daß das Lesen dieser Konsonantenkombinationen sicher nicht leichter sein wird, weil die GA-Proponenten offensichtlich den

Sinn des Schlußbuchstabigkeitsprinzips bei Wörtern und Silben bei der bisherigen β -Orthographie nicht gesehen haben (vgl. Poschenrieder 1997: 179). Für den DaF-Unterricht, der für uns natürlich in erster Linie gefragt ist, kommt hinzu, daß ein großer Teil unserer Lernenden aus Ländern mit romanischen oder slavischen Sprachen mit der Unterscheidung zwischen Lang- und Kurzvokalen sowieso enorm zu kämpfen hat.

Die offizielle Begründung für die Abschaffung der bisherigen β -Orthographie mit *Faß / Fässer*, »weil dadurch das Stammprinzip außer Kraft gesetzt wird« (Augst 1999: 79), wird nicht nur durch die Einführung von neuen Abweichungen vom Stammprinzip z. B. bei *beißen / *Biss* widerlegt, sondern auch durch die vielen Fälle im Deutschen, wo die Abweichung vom Stammprinzip auch in den GA-Vorschlägen nicht verändert wurde (*Ältere / Eltern, Ersatz / ersetzen*) bzw. wie in *tippen* (mit der Schreibmaschine) und **Tipp* (Rat) neue »Stämme« kreiert wurden.

Bei der Getrennt- und Zusammenschreibung empfahl die Zwischenstaatliche Kommission »die Freiräume der Schreibenden dort (zu erweitern), wo sowohl die Getrennt- als auch die Zusammenschreibung linguistisch gut begründbar ist, durch das Zulassen beider Schreibungen« (21), weil sich die von der Kommission vorgeschlagenen Proben »in einer Reihe von Fällen nicht anwenden lassen«. Dort wurde also bei den Präfixen auch die Betonung entdeckt, die ursprünglich im Vergleich zum Kriterium der Steigerbarkeit keine große Rolle spielen sollte. »Wenn nur der erste Bestandteil betont und häufig auch steigerbar ist, kann sowohl zusammen- als auch getrennt geschrieben werden« (26), sagt die Zwischenstaatliche Kommission jetzt. Damit wurde auch das ursprünglich orthographisch getilgte *kaltstellen* wiederhergestellt. Die im Sinne der Steigerbar-

keit in den GA-Vorschlägen vorgesehene Form **schwer wiegend* (weil schwerer wiegend) wird durch die Zwischenstaatliche Kommission und Hinzufügung eines Absatzes zu den bisherigen Regeln zu *schwerwiegend* mit der Begründung, daß der zweite Bestandteil zu *schwerwiegender* steigerbar sei ...

Schwerverständlich (nach GA **schwer verständlich*) ist es auch, daß es nach den Vorschlägen auch ein **schwerstbehindert* geben soll, obwohl hier wohl zweifelsohne eine Steigerung zu sehen sein dürfte. Als Begründung wird angegeben, daß es sich dabei nach § 36 (2) um eine Zusammensetzung handele, »bei denen der erste oder der zweite Bestandteil in dieser Form nicht selbständig vorkommt« (47). Da *behindert* selbständig vorkommt, muß es sich bei der nichtselbständigen Form um *schwerst* handeln, dem nur das *e* fehlt zur Selbständigkeit. Die Selbständigkeit vorhanden ist dagegen bei *schuer* in **schwer behindert*, so daß also ein **schwer behindert* dem *schwerstbehindert* gegenübersteht, übrigens auch dem Substantiv *Schwerbehinderter*. Im Vergleich mit diesen auf minimalen grammatischen Unterschieden beruhenden Begründungen waren die bisherigen auf Bedeutungsunterschieden basierenden Erklärungen für Getrennt- und Zusammenschreibung ein Kinderspiel. Es verwundert nicht, daß Prof. Hartmut Günther, der einigen Vorschlagsstilen durchaus positiv gegenübersteht, zum Kapitel Getrennt- und Zusammenschreibung von einem »weitgehend missratenen Reformansatz spricht«, der versuche, die eindeutige »Tendenz zur Univerbierung der letzten 500 Jahre per Federstrich« auszulöschen. Er äußert seine Überzeugung, »daß sich die Neuregelung mit ihrer weitgehend grundsätzlichen Getrenntschreibung trotz amtlichem Regelwerk und entsprechendem Schulunterricht nicht durchsetzen wird«

(3) und schließt das Kapitel Groß- und Kleinschreibung bei dieser Einschätzung mit ein. Was letzteres betrifft, so wurde durch die Kommission *leid tun, not tun* usw. wiederhergestellt (wie auch in der späteren *Zeit*-Version).

b) *Praxiswörterbuch zur neuen Rechtschreibung*

In dieser Situation des Abrückens der Rechtschreibkommission von den ursprünglichen Beschlüssen sah die Duden-Redaktion offensichtlich eine Bedrohung für die sowieso schon entmonopolisierte Bedeutung des *Duden* und begegnete dem durch die Publikation einer eigenen Version von geänderten Vorschlägen, die zum Teil wohl auch in Zusammenhang mit den Vorarbeiten für die Orthographie der Nachrichtenagenturen zu sehen sind, weil dort im Vorwort »der Deutschen Presse-Agentur für ihre Unterstützung bei der Arbeit am DUDEN-Praxiswörterbuch« gedankt wird. Zwar steht dort auch, »alle im DUDEN-Praxiswörterbuch angegebenen Schreibungen entsprechen dem neuen amtlichen Regelwerk«, diese Beteuerung ist allerdings, wie genauere Untersuchungen zeigen, falsch (vgl. dazu auch Ickler in der *Presse* vom 6.3.99). Abweichungen, wie z. B. bei *schwerbehindert*, das es im Verzeichnis der GA nicht gibt, erhalten dann eben den Zusatz »fachspr(achlich)« und signalisieren damit Abweichungen von der GA, die im Vorwort bestritten werden.

Zurückgedreht wurde im *Praxiswörterbuch* die bei der Propagierung der GA angepriesene Errungenschaft der Liberalisierung insbesondere der Fremdwort-Orthographie durch die Zulassung von verschiedenen Varianten, weil es hier bestrebt ist »eine möglichst einheitliche Gestaltung von geschriebenen Texten zu bewahren«. Dabei entschied sich die Redak-

tion »in manchen Fällen für das Herkömmliche und Gewohnte«, was u. a. für die Fremdwörter bedeutete, daß die im Kommissionsvorschlag noch verteidigten integrierten Versionen **Majonäse* und **Mohär* offensichtlich im Sinne der Rettung des deutschen Bildungswortschatzes (im Schnellimbiß) durch die wiedererweckten Formen *Mayonnaise* und *Mohair* als einzig empfohlene orthographische Alternativen ersetzt wurden, denn die ursprüngliche Neuregelung sollte nicht greifen »bei Wörtern, die dem zentralen Bildungswortschatz des Deutschen zuzurechnen sind« (Kommission (Hrsg.) 1989: 157), eine Begründung, die in der GA so nicht mehr zu finden ist. Verschwunden sind dort ferner die in der GA enthaltenen Vorschläge wie **Spagetti*, **Sciencefiction* und **Standingovations*, weil »bei Fremdwörtern aus lebenden Sprachen der bisherigen Sprache« der Vorzug gegeben werden soll (FAZ vom 29.12.98), »bei Fremdwörtern aus alten Sprachen der neuen Variante« (ebenda). Das hätte dann allerdings die im *Praxiswörterbuch* verschwundenen hybriden, in der GA enthaltenen Varianten **Orthografie* und die **Hämorrhiden* retten sollen. Hat es aber nicht, weil das *Praxiswörterbuch* zum Unterschied von der späteren Version der Nachrichtenagenturen diese gemischten Formen, »bei denen ein Wortteil integriert ist und ein anderer nicht« (12), nicht zur einzigen Form machen wollte. Die österreichischen Mitglieder der Anpassungskommission lehnten nach der *Wiener Presse* vom 19.12.89 diese Tilgung der in die deutsche Orthographie integrierten Varianten ab, weil das »nicht im Interesse der Rechtschreibkommission« sei (*Presse*, 19.12.89). Das Wörterbuch stellt im übrigen fest, daß z. B. vor *und*-Hauptsätzen »meist« kein Komma gesetzt würde, bei unübersichtlichen Satzkonstruktionen aber doch. Gerade das aber wurde von den meisten DaF-Lehr-

büchern bereits als einer der Eckpfeiler und Errungenschaften der GA-Orthographie gehorsam befolgt ...

c) *Neue Rechtschreibung in der Zeit*

Noch vor dem Datum der Veränderungen in der Tagespresse publizierte die in Hamburg erscheinende Wochenzeitung *Die Zeit* die Veränderungen, die sie in Zukunft beachten würde. Während sie bereit ist, die Veränderungen bei der Laut-Buchstaben-Zuordnung zu übernehmen (**behände*, **Gräuel*, **Quäntchen* usw.), die teilweise von der Orthographie-Kommission bereits geändert worden waren, erlaubt die *Zeit* z. B. die vom *Praxiswörterbuch* nicht übernommenen hybriden Fremdwörterformen wie **Orthografie* mit der Begründung, daß sich das Blatt »nicht als wissenschaftliche Publikation versteht« (7). Bei den englischsprachigen Fremdwörtern präsentierte die *Zeit* ein dreiteiliges Regelwerk, das z. B. die GA-Versionen **Count-down* (mit Bindestrich) und **Sciencefiction* (ein Wort, ohne Bindestrich) in *Countdown* (ohne Bindestrich) und *Science-Fiction* (mit Bindestrich) überführt, wobei letzteres nicht der englischsprachigen Orthographie entspricht und Wörter aus lebenden Sprachen eigentlich nicht eingedeutscht werden sollten (7). Abweichungen von den GA-Empfehlungen gibt es außerdem bei Ableitungen von Personennamen (*Grimmsche Märchen*), Groß- und Kleinschreibung (*leid tun*, *Rote Karte* usw.) sowie vor allem bei der Getrennt- und Zusammenschreibung, wodurch z. B. die GA-Kreationen **die allein Stehenden* oder **wohl tuend* beseitigt werden. Ebenso wiederhergestellt wird *wiedervereinigen*, *wiedergutmachen* usw., was die *Zeit*-Version u. a. von den Nachrichtenagenturen unterscheidet. Bei den Trennregeln wird zwar die *s-t*-Trennung übernommen, nicht aber die Einzelbuchstabenabtrennung der GA.

d) *Orthographie der Nachrichtenagenturen*

Bereits am 16.12.1998 hatten die deutschsprachigen Nachrichtenagenturen beschlossen, einen eigenen Weg bei der Umsetzung der Orthographievorschläge zu gehen, die wie folgt von der GA-Version abweicht: Auch hier werden, wie in der *Zeit*, »Fremdwörter aus lebenden Sprachen nicht eingedeutscht«, wodurch also die GA-Vorschläge zu **Ketschup*, **Spagetti*, **Portmonnee* usw. getilgt wurden. Bei Fremdwörtern aus toten Sprachen dagegen wird *ph* zu *f* und *th* zu *t*, sofern es sich nicht um Wörter wie *Theater*, *Thermometer*, *Philosophie* usw. handelt, die »in der Rechtschreibreform nicht zur Diskussion« gestanden hätten. Bei *Orthografie* dagegen wird die integrierte hybride Form verwendet. Die Orthographie der englischsprachigen Fremdwörter entspricht der *Zeit*-Version, auch die Laut-Buchstaben-Zuordnung wird übernommen, so daß seit dem 1. August 1999 **Gräuel* und **aufrauen* (von **rau*) in der Presse erscheinen ebenso wie die **10-Jährigen* (mit Bindestrich), wobei weiterhin *Zehnjährige* (ohne Bindestrich) ebenso wie in Ausführung der Ergänzungsregel zu § 41 der GA *4fach* (ohne Bindestrich) gedruckt wird. Bei der Groß- und Kleinschreibung entspricht die Handhabung der *Zeit*-Orthographie (*Schwarzes Brett*) ebenso wie bei den Wortverbindungen mit Personennamen und der *Du*-Anrede. Was die Vorschläge für die Veränderung der Kommaregeln betrifft, »bleiben die Agenturen bei der alten Form der Zeichensetzung, um die Lesbarkeit ihrer Nachrichten [...] zu gewährleisten«. Die Arbeitsgruppe betrachtet diese Version aber offensichtlich nicht als letzte, feststehende, sondern will »die Rechtschreibung aufmerksam beobachten und gegebenenfalls auf neue Entwicklungen reagieren«. Die Dauer dieser Beobachtungsphase sei noch nicht festgelegt, mit einer erneuten Überarbeitung der Wortli-

sten sei aber zu rechnen. Darüber »soll ein noch zu bildendes Gremium befinden, dem neben den Agenturen Vertreter der Medien und Wissenschaften angehören sollen« (dpa-Homepage).

Folgerungen für den DaF-Unterricht

In dieser Situation hätten wir als DaF-Lehrende zwischen folgenden Varianten zu wählen:

- die GA-Variante vom 1. Juli 1996,
- die Variante der Zwischenstaatlichen Kommission vom Januar 1998,
- die Variante des DUDEN-Praxiswörterbuchs zur neuen deutschen Rechtschreibung aus dem Jahre 1998,
- die Variante der *Zeit* vom Juni 1999,
- die Variante der deutschen Nachrichtenagenturen, die am 14.1.1999 veröffentlicht, zuletzt am 8.2.99 revidiert und seit 1. August 1999 praktiziert wird, aber noch keine endgültige Version darstellt,
- weitere Hausorthographien wie z. B. die von *Focus* (mit *Panther* und *Thunfisch*),
- ein weiterer möglicher Vorschlag der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung usw. usf.
- die bisher »allgemein übliche Rechtschreibung«, wie sie in der vorletzten Auflage des *Dudens*, 20. Auflage 1991, vorliegt.

Ich sehe mich als DaF-Lehrender und Schreibender nicht in der Lage, aus dieser Fülle von verschiedenen Orthographie-Versionen eine von der »allgemein üblichen Rechtschreibung« (so die ursprüngliche Formulierung von Schleswig-Holstein) abweichende auszuwählen, die ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Sprachlehrveranstaltungen empfehlen könnte, zumal die abweichenden Versionen in den wissenschaftlichen Publikationen an den Hochschulen und in der Literatur mit Ausnahme des Primarstufenbereichs bisher kaum in Erschei-

nung treten und es sich nach Ickler »bestenfalls um eine Übergangsschreibung für wenige Jahre handeln« (FAZ vom 8.2.99) könnte. Das gleiche Problem stellt sich für den Deutschunterricht im Ausland, wo durch vorschnelle Umsetzung Orthographieveränderungen gelehrt werden könnten, die es inzwischen gar nicht mehr gibt oder langfristig nicht geben wird. Selbst der Duden-Verlag »legt gegenwärtig nur deutsche Wörterbücher vor, die dem »amtlichen Gebrauch der nächsten zwei, drei Jahre« entsprechen sollen« (FAZ, 8.3.99).

Das darf natürlich nicht bedeuten, daß Prüfungen am **dass* scheitern dürfen, aber ein Hinweis an die Studierenden, daß die leider so vorschnell in die Lehrbücher und einige Grammatiken aufgenommenen Varianten außerhalb dieser Lehrbücher und der Tagespresse bisher nicht verwendet werden, kann da sicher helfen. Im Prinzip genügt für unsere Arbeit in den Kursen und dem Fachverband DaF die Stellungnahme, die der Vorstand unserer Schwesterorganisation, der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft, im Jahre 1997 abgegeben hat: »Die vorgeschlagene Reform entspricht nicht dem Stand der sprachwissenschaftlichen Forschung« (*Mitteilungen der DGfS* 45, 1997: 63). Es bleibt mit der DGfS zu hoffen, daß weitere Arbeit an der deutschen Orthographie und eine angemessene Berücksichtigung der tatsächlich in der deutschen Sprache vorgehenden Veränderungen im Sinne einer deskriptiven Beschreibung der deutschen Sprache nach dem Jahre 2005 zu einer allgemein akzeptierten deutschen Orthographie führen wird.

In diesem Sinne hat auch die Redaktionsgruppe der *Informationen Deutsch als Fremdsprache* beschlossen, bis auf weiteres in dieser Zeitschrift den Regeln zu folgen, wie sie in der 20. Auflage des *Duden* aus dem Jahre 1991 enthalten sind.

Quellenangaben (Wörterbücher, Monographien und Sammelbände):

Arbeitsgruppe der deutschsprachigen Nachrichtenagenturen: *Beschluß zur Umsetzung der Rechtschreibreform* vom 14.1.1999 (mit einer Wörterliste »Die Rechtschreibreform in Beispielen«). Im www z.B. unter <http://www.dpa.de/inf/rechtschr/beschlus.htm> (5.11.99) sowie unter den Homepages anderer Nachrichtenagenturen.

Augst, Gerhard: »s – ss – ß: die s-Schreibung im Deutschen. Linguistische und pädagogische Überlegungen zu ihrer Reform«. In: Schaefer, Burkhard (Hrsg.): *Neuregelung der deutschen Rechtschreibung: Beiträge zu ihrer Geschichte, Diskussion und Umsetzung*. Frankfurt am Main: Lang, 1999 (forum Angewandte Linguistik, 35), 41–57.

Deutsche Rechtschreibung: Regeln und Wörterverzeichnis; Text der amtlichen Regelung. Tübingen: Narr, 1996. (Der einzige Originalabdruck der Gemeinsamen Absichtserklärung vom 1. Juli 1996!)

Drosdowski, Günther (Red.): *Duden: Rechtschreibung der deutschen Sprache*. 20., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Auf der Grundlage der amtlichen Rechtschreibregeln. Mannheim: Dudenverlag, 1991.

Eroms, Hans-Werner; Munske, Horst Haider (Hrsg.): *Die Rechtschreibreform: Pro und Kontra*. Berlin: Erich Schmidt, 1997.

Hermann, Ursula: *Die neue deutsche Rechtschreibung*. Völlig neu bearbeitet und erweitert von Prof. Dr. Lutz Götzte. Mit einem Geleitwort von Dr. Kurt Heller. Lizenzausgabe der Bertelsmann Verlag GmbH. Gütersloh 1996.

Kommission für Rechtschreibfragen des Instituts für deutsche Sprache (Hrsg.): *Zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung*. Düsseldorf: Schwann, 1989 (Sprache der Gegenwart, 77).

Sauer, Wolfgang Werner: *Der »Duden«: Geschichte und Aktualität eines »Volkswörterbuchs«*. Stuttgart: Metzler, 1988.

Poschenrieder, Thorwald: »S-Schreibung: Überlieferung oder Reform?« In: Eroms/Munske (Hrsg.) 1997, 173–183.

Scholze-Stubenrecht, Werner et al. (Red.): *Duden Rechtschreibung der deutschen Sprache*. 21., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Auf der Grundlage der neuen amtlichen Rechtschreibregeln. Mannheim: Dudenverlag, 1996.

Scholze-Stubenrecht, Werner (Projektleitung) et al.: *Duden: Praxiswörterbuch zur neuen Rechtschreibung*. Mannheim: Dudenverlag, 1998.

Zimmer, Dieter E. (Red.): *Neue Rechtschreibung in der Zeit. (Zeit dokument 1, 1999)*. Hamburg: Zeitverlag, 1999.

Zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung: *Vorschläge zur Präzisierung und Weiterentwicklung der Neuregelung der deutschen Sprache*. Manuskript, Januar 1998.

Zeitungsartikel, Leserbriefe usw. (in chronologischer Reihenfolge):

»Duden und Bertelsmann: Vom rechten Schreiben eines Wörterbuchs zu einer neuen Orthographie« von Hartmut Günther, *Sprachreport* 4 (1996), 1–5.

Institut für deutsche Sprache: Pressemitteilung vom 25.3.1997: »Rede des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Minister Prof. Rolf Wernstedt anlässlich der Konstituierenden Sitzung der Kommission für die deutsche Rechtschreibung«. <http://www.ids-mannheim.de/pub/kmk970325.html> vom 5.5.1997.

»Erklärung zur Rechtschreibreform«, *Mitteilungen der DGfS* 45, Juni 1997, 63.

»Presse macht nicht mit!«, *Presse* (Wien), 6./7.9.1997.

»Wörterbücher leiden unter dem Streit über die Rechtschreibreform: Der Absatz ist stark gesunken / Die Verlage hoffen auf eine baldige Klärung«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.10.1997.

»Langenscheidt erwartet Umsatzrückgang: Unsicherheit über Rechtschreibreform / Wachstum bei Online-Titeln«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.10.1997.

»Der Rückzug: Die Reform der Rechtschreibung wird reformiert« von Thomas Steinfeld in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 7.1.1998.

»Rechtschreibung: Sieg für den Tolpatsch: Rechtschreib-Debakel, nächster Akt: Die Korrekturvorschläge erlauben Altes, Neues und Abstruses nach Belieben – das Chaos wächst«, *Spiegel* 3 (1998), 146.

»Die Sprache gehört nicht den Kultusministern: Warum der Germanist Eisenberg aus der Rechtschreibkommission austritt« von Kurt Reumann in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 18.3.1998.

- »Duden leidet unter Rechtschreibreform: Starker Umsatzrückgang nach dem Rekordabschluß des Vorjahres«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.6.1998.
 - »Das Grundgesetz enthält keine Vorschrift über die richtige Schreibweise: Warum das Bundesverfassungsgericht die Rechtschreibreform für verfassungsgemäß erklärt / Aus der mündlichen Urteilsbegründung«, *Frankfurter Rundschau*, 17.7.1998.
 - »Agenturen von August an mit neuer Rechtschreibung«, AFP-Meldung in der *Süddeutschen Zeitung*, 10./11.10.1998.
 - »Fleisch Fresser: Noch eine neue Rechtschreibung« von Theodor Ickler in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 14.12.1998.
 - »Kritik am neuen Duden«, *Presse* (Wien), 19.12.1998.
 - »Für neue Schreibung: Agenturen haben sich entschieden«, AFP-Meldung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 29.12.1998.
 - »Bald Sammlerwert für Rechtschreibreform-Texte«, Leserbrief von Theodor Ickler in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 8.2.1999.
 - »Späte Schlichter: Auch die Deutsche Akademie reformiert die Orthographie« von Thomas Steinfeld in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 8.3.1999.
 - »Volksbegehren gegen Rechtschreibreform«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.3.1999.
 - »Niederlage für Gegner der Schreibreform«, *Welt* vom 3.6.1999.
 - »Dämpfer für Reformgegner: Berliner Gericht weist Klagen zu neuer Rechtschreibung ab«, *Frankfurter Rundschau* vom 4.6.1999.
 - »Rückschläge für Gegner neuer Rechtschreibung«, *Frankfurter Rundschau* vom 10.7.1999.
 - »Das Schreib-Chaos kommt auf leisen Sohlen« von Hans Werner Scheidl in der *Presse*, 31.7./1.8.1999.
 - »Hausmitteilung«, *Spiegel* 31 (1999) vom 2.8.1999.
 - »Eine Degradierung der Bürger durch die Abgeordneten: Der Kieler Landtag beschließt die Einführung der neuen Rechtschreibung« von Dieter Wenz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18.9.1999.
 - »Aus für Rechtschreibinsel Schleswig-Holstein«, *Süddeutsche Zeitung* vom 18./19.9.1999.
 - »Die neue Unbefangenheit«, von Moritz Neumann in der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* vom 29.10.1999.
- Einige Passagen dieses Beitrags erschienen bereits unter dem Titel »Orthographie à la Holstein, Bremen, Mannheim, Gütersloh oder dpa?« in *fadaf aktuell* 1, 1999.
- (Der Verfasser dieser Anmerkungen ist gerne bereit, die zitierten Zeitungsartikel in Kopien zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt die Nachfrage hält sich in überschaubaren Grenzen: Dr. Fritz Neubauer, Universität Bielefeld, Lili-Fakultät, Postfach 100 131, 33501 Bielefeld. Email-Adresse: Fritz.Neubauer@Uni-Bielefeld.de).